
LANDESVERBAND ARBEITSKREIS ENERGIEWENDE AKE

[AKE AKTUELLES](#)

[POLITISCHE ENTWICKLUNGEN](#)

[BUNDESMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT UND ENERGIE](#)

[BUNDESMINISTERIUM FÜR UMWELT, NATURSCHUTZ, BAU UND REAKTORSICHERHEIT](#)

DAS WICHTIGSTE IM APRIL...

Verordnung zur schrittweisen Einführung bundeseinheitlicher Übertragungsnetzentgelte im Bundeskabinett beschlossen

Das Bundeskabinett hat den von Bundeswirtschaftsminister Altmaier vorgelegten Verordnungsentwurf zur schrittweisen Einführung bundeseinheitlicher Übertragungsnetzentgelte im Bundeskabinett beschlossen. Mit der Verordnung wird eine Verordnungsermächtigung umgesetzt, die im Juli 2017 durch das Netzentgeltmodernisierungsgesetz geschaffen wurde. Die heute im Kabinett beschlossene Verordnung sieht vor, dass die Netzentgelte für die Nutzung der Übertragungsnetze schrittweise bundesweit vereinheitlicht werden. Der Umsetzungsprozess beginnt, wie im Gesetz vorgesehen, ab dem 1. Januar 2019 und wird zum 1. Januar 2023 abgeschlossen sein. Die Angleichung erfolgt in fünf gleich großen Schritten.

Dazu der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Energie, Thomas Bareiß: „Die schrittweise Vereinheitlichung der Übertragungsnetzentgelte ist ein richtiger Schritt, der auch im Koalitionsvertrag noch einmal bekräftigt wurde. Der Ausbau der Übertragungsnetze dient der Energiewende insgesamt und ist damit keine regionale, sondern eine bundesweite Notwendigkeit. Darüber hinaus schafft die schrittweise Angleichung der Netzentgelte für die betroffenen Netzregionen einen abgefederten Übergang und den notwendigen Anpassungsprozess.“ Mit der Verordnung schafft die Bundesregierung die Voraussetzungen, dass die Übertragungsnetzbetreiber im Oktober 2018 ihre Netzentgelte erstmalig für das Jahr 2019 auf Basis der neuen Regelungen veröffentlichen können. In einem ersten Schritt für das Jahr 2019 wird für 20 Prozent der Kosten der Übertragungsnetzbetreiber ein einheitliches Entgelt ermittelt.

Die Verordnung wird jetzt dem Bundesrat zur Zustimmung übermittelt.

[PRESSEMITTEILUNG »](#)

AKE AKTUELLES

Termine

06.06.2018	AKE-Landesvorstandssitzung , Nürnberg
16.06.2018	AKE Oberbayern Bezirksversammlung, Feldafing
14.07.2018	AKE Landesversammlung , München

BERICHTERSTATTUNG ÜBER DEN AKE

CSU-Arbeitskreis will raus aus der Kohle

Der CSU-Arbeitskreis Energiewende (AKE) empfiehlt angesichts der Klimaschutzlücke 2020 die Abschaltung der zwölf ältesten deutschen Braunkohleblöcke. "Diese Braunkohleblöcke weisen die höchsten CO₂-Emissionen auf und können noch vor 2020 abgeschaltet werden, ohne die Stromversorgung in Deutschland zu gefährden", heißt es in einem jüngst veröffentlichten AKE-Papier. Der AKE, der mit dieser Position nahe bei den Grünen und den Umweltverbänden liegt, schlägt vor, eine "interdisziplinäre Expertenkommission" einzusetzen, die mit Rücksicht auf Versorgungssicherheit, Kosten und strukturelle Effekte einen Kohleausstiegspfad beschreibt, der mit den Klimazielen konform ist.

[ARTIKEL »](#)

Die Zukunft der Energiewende – BIHK in Diskussion mit CSU-Arbeitskreis und Verbänden

Im Rahmen einer Veranstaltung des CSU-Arbeitskreises Energiewende wurden Herausforderungen und zukünftige Maßnahmen im Zuge der Energiewende besprochen. Neben dem BIHK waren der Bayerische Gemeindetag (BayGT), der Verband kommunaler Unternehmen (VKU), der Verband der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft (VBEW) und der regionale Netzbetreiber Bayernwerk zu der Diskussion eingeladen.

[ARTIKEL »](#)

Ad hoc-Empfehlungen für Bayern

Im Auftrag der CSU-Landtagsfraktion hat der AKE energiepolitische ad hoc-Vorschläge „für eine schnelle und öffentlichkeitswirksame Initiierung in Bayern“ ausgearbeitet. Der Fokus ist dabei auf das Marktanreizprogramm, die Wasserkraft, die Energieagenturen und die staatlichen E.ON-Anteile gerichtet.

[ARTIKEL »](#)

Weitere Informationen zum AKE:



BUNDESMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT UND ENERGIE

Altmaier beim Energieministerrat: „Legislativpaket ‚Saubere Energien für alle Europäer‘ wichtiger Rahmen für europäischen Energiesektor bis 2030“

Der Bundesminister für Wirtschaft und Energie, Peter Altmaier, nahm am 18. und 19. April 2018 beim Treffen des informellen Energieministerrats in Sofia teil. Im Mittelpunkt standen Beratungen zum EU-Legislativpaket „Saubere Energien für alle Europäer“. Die EU-Energieminister haben sich insbesondere zu den Themen Energieeffizienz, Erneuerbare Energien, Governance der Energieunion und zur Agentur für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden ACER ausgetauscht.

[WEITERE INFORMATIONEN »](#)

Staatssekretär Bareiß zu den Ergebnissen der ersten gemeinsamen Ausschreibung von PV und Wind

Die Bundesnetzagentur hat die Zuschläge der ersten gemeinsamen Ausschreibung für Windenergieanlagen an Land und Solaranlagen erteilt. Ausgeschrieben waren 200 Megawatt. Es wurden 32 Zuschläge für Gebote in einem Umfang von 210 Megawatt erteilt und zwar ausschließlich für Solaranlagen. Die eingegangenen Gebote für Windenergieanlagen an Land konnten sich nicht durchsetzen. Der durchschnittliche, mengengewichtete Zuschlagswert beträgt 4,67 ct/kWh. In der letzten reinen Solar-Ausschreibung lag dieser bei 4,33 ct/kWh.

[WEITERE INFORMATIONEN »](#)

Staatssekretär Bareiß begrüßt Start der Ausschreibungsrunde für KWK-Anlagen und innovative KWK-Systeme

Die Bundesnetzagentur hat die zweite Ausschreibungsrunde für Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen (KWK-Anlagen) und die erste Ausschreibung für innovative KWK-Systeme für den Gebotstermin 1. Juni 2018 eröffnet.

[WEITERE INFORMATIONEN »](#)

Staatssekretär Bareiß:

Erneut starke Antragszahlen beim Förderprogramm Heizen mit erneuerbaren Energien

Das Bundeswirtschaftsministerium fördert den Einbau von Solarthermieanlagen, Biomasseheizungen oder Wärmepumpen für Privatpersonen, Freiberufler und Unternehmen mit dem sogenannten Marktanreizprogramm für erneuerbare Energien. Unterstützt wird mit der Förderung auch der Neubau von größeren Heizwerken, die erneuerbare Energien nutzen, von Tiefengeothermieanlagen oder von Nahwärmenetzen zur Verteilung erneuerbar erzeugter Wärme, zum Beispiel für Quartierslösungen von Kommunen. Hierfür steht jährlich ein Volumen von über 300 Millionen Euro zur Verfügung. Das Programm wird gut von den Bürgerinnen und Bürgern angenommen. So stiegen zuletzt die Antragszahlen im ersten Quartal 2018 auf bereits knapp 25.000 Anträge beim Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA).

[WEITERE INFORMATIONEN »](#)

Staatssekretär Bareiß zu den Ergebnissen der zweiten Ausschreibung für Offshore-Windparks

Die Bundesnetzagentur hat die Zuschläge der zweiten Ausschreibung für Offshore-Windparks erteilt. Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Energie, Thomas Bareiß, hierzu: „Der durchschnittliche Zuschlagswert von 4,66 ct/kWh ist ein gutes Indiz für die Kosteneffizienz von Wind-Offshorestrom und spricht zudem für die zunehmende Wettbewerbsfähigkeit der erneuerbaren Energien.“

[WEITERE INFORMATIONEN »](#)

BUNDESMINISTERIUM FÜR UMWELT, NATURSCHUTZ UND NUKLEARE SICHERHEIT

Bundesumweltministerium stellt GreenTech-Atlas 2018 vor

Umwelttechnik und Ressourceneffizienz treiben weltweit die nachhaltige Entwicklung an. Der Technologie- und Industriestandort Deutschland hat die Wachstumschancen erkannt. Der Anteil der GreenTech-Branche am Bruttoinlandsprodukt lag 2016 bei 15 Prozent und wird bis 2025 – so die Prognose – auf 19 Prozent steigen. Das zeigt der GreenTech-Atlas 2018 des Bundesumweltministeriums, der in Berlin im Rahmen der Konferenz "Umweltschutz – Made in Germany. GreenTech für Nachhaltige Entwicklung" vorgestellt wurde.

[WEITERE INFORMATIONEN »](#)

Bereits mehr als 1.600 Unternehmen deutschlandweit aktiv /

Erste Netzwerke der Initiative Energieeffizienz-Netzwerke gehen in die zweite Runde

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie und das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit haben gemeinsam Unternehmen aus ganz Deutschland für ihre erfolgreiche Teilnahme an der Initiative Energieeffizienz-Netzwerke ausgezeichnet.

[WEITERE INFORMATIONEN »](#)

Der Arbeitskreis Energiewende der CSU (AKE) übernimmt keine Garantie und keine Verantwortung für die Handlungen Dritter, die auf diesen Informationen, Analysen und Meinungen basieren. Alle zusammengetragenen Beiträge sind öffentlich zugänglich und spiegeln die Meinungen und Positionen der jeweiligen Institutionen wider. Die Quellen der Artikel sind jeweils im weiterführenden Link dokumentiert. Die Verantwortung der Richtigkeit der Informationen liegt bei den angegebenen Institutionen. Für Rückfragen oder Kommentare wenden Sie sich bitte an den AKE-Landesverband, vertreten durch den Vorstandsvorsitzenden Martin Ehrenhuber.